C 1	2. Entscheid des Obergerichts des Kantons Obwalden vom 19. Dezember 2018 in Sachen A. AG gegen B. AG – Missbrauch marktbeherrschender Stellung
-----	---

Entscheid OG 18/001/LPR des Obergerichts des Kantons Obwalden vom 19. Dezember 2018 in Sachen A. AG in [...], vertreten durch [...], Klägerin gegen B. AG in [...], vertreten durch [...], Beklagte – Gegenstand: Missbrauch marktbeherrschender Stellung

Sachverhalt:

A.

Die A. AG mit Sitz in [...] ist eine Garagebetrieb und bezweckt den Handel mit Motorfahrzeugen aller Art sowie den Betrieb von Autoreparaturwerkstätten. Bei der B. AG mit Sitz in [...] handelt es sich um ein Import- und Exportunternehmen, welches den Handel mit Motorfahrzeugen betreibt. Sie widmet sich zudem dem Handel mit Ersatzteilen und Zubehör für Fahrzeuge.

Die A. AG und die B. AG schlossen am 1. Juni 2006 einen unbefristeten Servicevertrag ab. Für den Reparatur- und Kundendienst sowie den Verkauf von Ersatzteilen für Motorfahrzeuge der Marke C. betreibt die B. AG als Importeurin ein selektives Werkstattnetz. Durch den Abschluss des Servicevertrages wurde die A. AG an dieses Werkstattnetz angeschlossen. Sie verpflichtete sich insbesondere zur Vermarktung und zum Verkauf von Zubehör und Ersatzteilen der Marke C. sowie zu Reparatur- und Kundendienstleistungen für Fahrzeuge der Marke C.

Unter Ziffer 6.1 des Servicevertrages wurde vereinbart, dieser könne durch jede Partei unter Einhaltung der ordentlichen Kündigungsfrist vom 24 Monaten auf Ende eines Monats gekündigt werden. Mit Schreiben vom 12. Februar 2016 machte die B. AG von diesem Kündigungsrecht Gebrauch. Sie teilte der A. AG mit, dass sie den Servicevertrag aufgrund einer Reorganisation des C Service-Händlernetzes per 28. Februar 2018 kündige. Mit Schreiben vom 30. September 2017 ersuchte die A. AG. die B. AG um die Fortsetzung der Partnerschaft und die Weiterführung des Servicevertrages für C zu angemessenen Konditionen auch nach dem 28. Februar 2018. Die B. AG antwortete darauf mit Schreiben vom 9. Oktober 2017 und beteuerte nochmals, die erfolgte Kündigung sei auf die Reorganisation des C Händlernetzes zurückzuführen. Des Weiteren werde der Fokus inskünftig bei den sogenannten 3S-Händlern (Sales, Service & Spare Parts) liegen und 2S-Händler (Service & Spare Parts) werde es nur noch in Ausnahmesituationen geben. Das Gebiet Kerns und Umgebung werde in Zukunft durch einen 3S-Händler abgedeckt. Die A. AG setzte der B. AG mit Schreiben vom 31. Oktober 2017 eine letztmalige Frist bis zum 17. November 2017, um ihr einen Vorschlag zur Weiterführung der Partnerschaft für Serviceverträge für C zu angemessenen Konditionen über den 28. Februar 2018 hinaus zu unterbreiten. Sie kündigte zudem an, rechtliche Schritte einzuleiten, falls bis zum 17. November 2017 ein entsprechender Vorschlag ausbleibe. Mit Schreiben vom 15. November 2017 nahm die B. AG dazu Stellung und hielt fest,

sie sehe keine Möglichkeit, einen neuen Servicevertrag anzubieten.

B.

Am 9. Januar 2018 reichte die A. AG beim Obergericht Obwalden Klage ein und stellte hauptsächlich folgende Rechtsbegehren:

- „1. Die Beklagte sei zu verpflichten, mit der Klägerin einen Servicevertrag für die Marke „C“ zu marktüblichen Konditionen mit Beginn 1. März 2018 abzuschliessen. Die Beklagte sei namentlich zu verpflichten,
 - a) Den Zugang zum IT-System des Werkstattnetzes, namentlich zu sämtlichen technischen und betrieblichen Informationen zu gewähren, welche für die Wartung von Personenfahrzeugen der erwähnten Marken als zugelassene Werkstatt erforderlich sind.
 - b) Die Klägerin mit sämtlichen für die Wartung von Personenfahrzeugen der erwähnten Marke als zugelassene Werkstatt erforderlichen Originalersatzteilen zu nichtdiskriminierenden Konditionen zu beliefern.
 - c) Der Klägerin sämtliche für die Wartung von Personenfahrzeugen der erwähnten Marke als zugelassene Werkstatt erforderlichen Werkzeuge und Diagnosegeräte zur Verfügung zu stellen.
 - d) Der Klägerin weiterhin und ununterbrochen die Verwendung sämtlicher für den Betrieb einer zugelassenen „C“-Werkstatt notwendigen eingetragenen Schutzrechte zu gewähren.
 - e) Der Klägerin die Durchführung von und Entschädigung für Garantieleistungen (inkl. Leistungen aus Kulanz) für Personenfahrzeuge der erwähnten Marken als zugelassene Werkstatt zu gewähren.
2. Unter Kosten- und Entschädigungsfolgen zuzüglich Mehrwertsteuern zu Lasten der Beklagten.“

Mit der Klage im Hauptverfahren reichte die A. AG zugleich ein Gesuch um vorsorgliche Massnahmen sowie ein Gesuch um superprovisorische vorsorgliche Massnahmen ein. Mit Entscheid vom 16. Januar 2018 wies der Obergerichtspräsident I das Gesuch um superprovisorische vorsorgliche Massnahmen ab. Auf das Gesuch um vorsorgliche Massnahmen trat der Obergerichtspräsident I wegen fehlender örtlicher Zuständigkeit mit Entscheid vom 2. Mai 2018 nicht ein. Das Bundesgericht trat auf die gegen diesen Entscheid erhobene Beschwerde in Zivilsachen mit Entscheid vom 10. September 2018 nicht ein.

C.

Mit Eingabe vom 20. Februar 2018 ersuchte die B. AG den Obergerichtspräsidenten I hauptsächlich, das Hauptverfahren vorerst auf die Frage der Zuständigkeit zu beschränken. Hierzu nahm die A. AG am 9. März 2018 Stellung und beantragte die Abweisung des Gesuchs um Erlass prozessleitender Massnahmen. Mit Entscheid vom 20. März 2018 beschränkte der Obergerichtspräsident I

das Verfahren OG 18/001 vorerst auf die Frage der Zuständigkeit des Obergerichts Obwalden.

Die von der A. AG eingereichte Orientierungseingabe vom 26. März 2018 wurde zu den Akten genommen. Mangels eines Zusammenhanges mit der Frage der Zuständigkeit erfolgte die Weiterleitung dieser Eingabe an die B. AG vorerst ohne Fristansetzung zur Stellungnahme.

D.

Die B. AG reichte am 3. Mai 2018 eine Klageantwort mit Beschränkung auf die Frage der Zuständigkeit ein und beantragte, auf die Klage sei nicht einzutreten, eventuel- licher sei sie abzuweisen, unter Kosten- und Entschädi- gungsfolgen zuzüglich Mehrwertsteuern zulasten der Klä- gerin.

Auf die Begründung der Parteianträge wird – soweit erfor- derlich – in den Erwägungen eingegangen.

Erwägungen

1.

1.1

Auf eine Klage tritt das Gericht ein, sofern die Prozessvo- raussetzungen erfüllt sind (Art. 59 Abs. 1 ZPO). Die sach- liche und örtliche Zuständigkeit des Gerichts stellt eine Prozessvoraussetzung dar, die von Amtes wegen zu prü- fen ist (Art. 59 Abs. 2 lit. b ZPO). Nachdem das Verfahren vorliegend vorerst auf die Frage der Zuständigkeit be- schränkt wurde, ist vorab die Beurteilung dieser Prozess- voraussetzung vorzunehmen.

1.2

Die Klägerin ist der Ansicht, das Obergericht Obwalden sei örtlich zuständig, da ihre Klage auf Kartellrecht ba- siere, kartellrechtliche Streitigkeiten von der Gerichts- standsklausel im Servicevertrag vom 1. Juni 2006 (Kläg.Bel. 5) nicht erfasst seien, die ZPO für widerrechtli- che Handlungen eine örtliche Zuständigkeit am Sitz der geschädigten Partei vorsehe und das prozessuale Zu- ständigkeitsrecht durch Gerichtsstandsklauseln nicht ab- geändert werden könne. Zur Begründung führt sie an, ihr Anspruch auf Abschluss eines Servicevertrages für Fahr- zeuge der Marke C zu marktüblichen Konditionen erge- be sich allein aus einer kartellrechtswidrigen Verhaltens- weise der Beklagten, welche unter den Begriff der uner-laubten Handlung falle. Art. 36 ZPO umfasse auch An- sprüche aus Wettbewerbsbehinderungen nach Kartell- recht. Sie übe daher ihr Wahlrecht dahingehend aus, dass sie am Ort der geschädigten Person bzw. am Er- folgsort um Rechtsschutz ersuche, d.h. am Obergericht in Obwalden. Die bisherige vertragliche Gerichtsstandsver- einbarung spiele für die Bestimmung der örtlichen Zustän- digkeit hingegen keine Rolle, denn die Klage betreffe den Abschluss eines neuen Servicevertrages zwischen den Parteien. Zudem gelte die Gerichtsstandsklausel im Ser- vicevertrag vom 1. Juni 2006 für das Kartellrecht nicht, da ein marktbeherrschendes Unternehmen den kartellrecht- lichen Gerichtsstand für Ansprüche der schwächeren Ver- tragspartei aus unerlaubter Handlung nicht wegbedingen könne. Art. 36 ZPO bleibe daher anwendbar und sichere die Durchsetzbarkeit materieller Ansprüche gestützt auf das Kartellgesetz. Es sei unabdingbar, dass die schwä-

chere Partei am Ort ihres Sitzes um Rechtsschutz ersu- chen könne, selbst wenn eine anderslautende Gerichts- standsklausel vereinbart worden sei.

1.3

Die Beklagte erhebt demgegenüber die Einrede der feh- lenden Zuständigkeit des angerufenen Gerichts. Sie ver- tritt die Auffassung, die von der Klägerin geltend gemach- ten angeblichen kartellrechtlichen Ansprüche seien von der Gerichtsstandsvereinbarung im Servicevertrag vom 1. Juni 2006 erfasst. Somit sei der Gerichtsstand für die vorliegende Streitigkeit in Zürich. Sie begründet dies ins- besondere damit, dass kartellrechtliche Auseinander- setzungen von vertraglichen Gerichtsstandsvereinbarun- gen nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung erfasst und damit der gesetzlichen Regelung des Art. 25 GestG vorgehen würden. Zudem spreche sich die herrschende Lehre ausdrücklich für die Möglichkeit einer Gerichts- standsvereinbarung im Bereich des Kartellrechts aus, zu- mal Art. 25 GestG bzw. Art. 36 ZPO keine zwingenden Ge- richtsstände vorsehen würden. Des Weiteren ergebe die Auslegung der Gerichtsstandsvereinbarung in Ziffer 7.4 des Servicevertrages, dass diese nicht nur Ansprüche aus Vertrag, sondern sämtliche Ansprüche aus und im Zusammenhang mit dem Vertrag umfasse. Mit anderen Worten würden darunter nicht nur vertragliche, sondern auch alle ausservertraglichen Auseinandersetzungen, mitunter auch solche aus Kartellrecht, fallen. Schliesslich sei erstellt, dass die von der Klägerin geltend gemachten kartellrechtlichen Ansprüche wegen des engen sachli- chen Zusammenhanges zum Servicevertrag vom 1. Juni 2006 ebenfalls von der Gerichtsstandsvereinbarung in Ziffer 7.4 des Servicevertrages erfasst seien, zumal es der Klägerin beim Abschluss des neuen Vertrages im Er- gebnis faktisch um die Verlängerung des aufgelösten Ser- vicevertrages vom 1. Juni 2006 gehe. Die örtliche Zustän- digkeit liege damit in Zürich.

1.4

Die Klägerin macht geltend, sie habe gestützt auf das Kar- tellgesetz einen Anspruch auf Abschluss eines Service- vertrages. Ihrer Ansicht nach verstösst die Beklagte, in- dem sie die Geschäftsbeziehung verweigere, gegen Art. 7 Abs. 2 lit. a KG und Art. 5 KG. Ansprüche aus dem Kartellrecht fallen unter den Begriff der unerlaubten Hand- lung im Sinne von Art. 36 ZPO (HEINRICH HEMPEL, in: Bas- ler Kommentar ZPO, 3. Aufl., 2017, Art. 36 N 7; SCHMID/WEBER, in: Brunner/Gasser/Schwander, Kom- mentar ZPO, 2. Aufl., Zürich 2016, Art. 36 N. 8; BBI 1999 III 2829, 2864). Dies wird von der Beklagten auch nicht bestritten. Gemäss Art. 36 ZPO ist für Klagen aus uner-laubter Handlung das Gericht am Wohnsitz oder Sitz der geschädigten Person oder der beklagten Partei oder am Handlungs- oder am Erfolgsort zuständig. Da die Klägerin ihren Sitz in Kerns hat, stand es ihr als womöglich Ge- schädigte unter Vorbehalt der nachfolgenden Erwägun- gen offen, den Erfolgsort als Gerichtsstand zu wählen. Die örtliche Zuständigkeit im Kanton Obwalden ist folglich grundsätzlich gegeben.

2.

2.1

Der Servicevertrag zwischen der Klägerin und der Be- klagten vom 1. Juni 2006 beinhaltet unter Ziffer 7.4 eine

Gerichtsstandsvereinbarung, aus welcher insbesondere hervorgeht, dass für beide Vertragspartner Zürich der Gerichtsstand sei und sie für sämtliche Streitigkeiten die ausschliessliche Zuständigkeit des Handelsgerichts des Kantons Zürich vereinbart hätten. Davon abweichend könne der Importeur Klagen aus diesem Vertragsverhältnis am Sitz oder Wohnort der jeweiligen Gegenpartei einklagen. Nachfolgend ist zunächst zu klären, ob diese Gerichtsstandsvereinbarung gültig zustande gekommen und zulässig ist.

2.2

2.2.1

Gemäss Art. 406 ZPO bestimmt sich die Gültigkeit einer Gerichtsstandsvereinbarung nach dem Recht, das zur Zeit des Abschlusses gegolten hat. Die Bestimmung erfasst nur Vereinbarungen über die örtliche, nicht auch solche über die sachliche Zuständigkeit, insbesondere nicht eine nach früherem kantonalen Recht zulässige Prorogation des Handelsgerichts (TANJA DOMEJ, in: Oberhammer/Domej/Haas, Kurzkommentar ZPO, 2. Aufl. Basel 2014, Art. 406 N. 1, mit Hinweis auf BGE 138 III 471, E. 3.3). Die eidgenössische ZPO trat auf den 1. Januar 2011 in Kraft. Der fragliche Servicevertrag datiert vom 1. Juni 2006. Die Gültigkeit der darin enthaltenen Gerichtsstandsvereinbarung richtet sich somit nach dem Bundesgesetz über den Gerichtsstand in Zivilsachen vom 24. März 2000 (GestG).

2.2.2

Für das gültige Zustandekommen einer Gerichtsstandsvereinbarung wird die bestimmte oder wenigstens objektiv bestimmbare Bezeichnung des vereinbarten Gerichts und des Rechtsstreits vorausgesetzt (BERGER, a.a.O., Art. 9 N. 15 ff.). Verweisen die Parteien in der Vereinbarung lediglich auf die Gerichte eines bestimmten Kantons, ist die nötige Bestimmtheit allgemein zu bejahen (BERGER, a.a.O., Art. 9 N. 18; WIRTH, a.a.O., Art. 9 N. 64). Bereits daraus, dass der Gerichtsstand gemäss der vorliegenden Gerichtsstandsvereinbarung für beide Vertragspartner Zürich sei, ist daher auf eine genügend bestimmte Bezeichnung zu schliessen. Unzulässig, weil zu unbestimmt, wäre eine Prorogationsabrede für sämtliche Streitigkeiten aus allen Verträgen des derzeitigen und künftigen Geschäftsverkehrs zwischen zwei Parteien (WIRTH, a.a.O., Art. 9 N. 29, mit Hinweis auf BGE 87 I 57 f.). Die speziell geregelte Möglichkeit des Importeurs, „Klagen aus diesem Vertragsverhältnis am Sitz oder Wohnort der jeweiligen Gegenpartei“ einzuklagen, spricht dafür, dass die Gerichtsstandsvereinbarung nur bei Streitigkeiten aus dem Servicevertrag vom 1. Juni 2006 zur Anwendung gelangen soll. Demzufolge erweist sich die Gerichtsstandsvereinbarung auch in Bezug auf die Bezeichnung des Rechtsstreits als hinreichend bestimmt. Nach dem Gesagten ist die Gerichtsstandsvereinbarung in Ziffer 7.4 des Servicevertrages grundsätzlich gültig zustande gekommen.

2.3

2.3.1

Die Zulässigkeit der Gerichtsstandsvereinbarung in Ziffer 7.4 des Servicevertrages vom 1. Juni 2006 beurteilt sich nach Art. 9 Abs. 1 GestG. Gemäss dieser Bestimmung

können die Parteien für einen bestehenden oder für einen künftigen Rechtsstreit über Ansprüche aus einem bestimmten Rechtsverhältnis einen Gerichtsstand vereinbaren, soweit das Gesetz nichts anderes vorsieht. Art. 9 GestG lässt nur eine Vereinbarung über die örtliche Zuständigkeit zu (MARKUS WIRTH, in: Müller/Wirth, Kommentar Gerichtsstandsgesetz, Zürich 2001, Art. 9 N. 14). Unzulässig ist eine Gerichtsstandsvereinbarung, wenn sie durch einen zwingenden oder teilzwingenden Gerichtsstand des GestG oder durch eine zwingende Bestimmung in der übrigen Bundesgesetzgebung ausgeschlossen ist (WIRTH, a.a.O., Art. 9 N. 12; BERNHARD BERGER, in: Kellerhals/von Werdt/Güngerich, Kommentar Gerichtsstandsgesetz, 2. Aufl., Bern 2005, Art. 9 N. 9). Die Klägerin macht vorliegend einen kartellrechtlichen Anspruch geltend. Der Begriff der unerlaubten Handlung ist auch im Geltungsbereich des GestG weit auszulegen. Demzufolge sind kartellrechtliche Streitigkeiten darunter zu subsumieren (FLAVIO ROMERIO, in: Müller/Wirth, Kommentar Gerichtsstandsgesetz, Zürich 2001, Art. 25 N. 2; KURTH/BERNET, in: Kellerhals/von Werdt/Güngerich, Kommentar Gerichtsstandsgesetz, 2. Aufl. Bern 2005, Art. 25 N. 12, mit Hinweis auf BGE 112 II 279; Urteil des Bundesgerichts 4C.142/2006 vom 25. September 2006, E. 2). Die örtliche Zuständigkeit für Klagen aus unerlaubter Handlung ist in Art. 25 GestG geregelt. Die darin genannten alternativen Gerichtsstände sind weder zwingender noch teilzwingender Natur (KURTH/BERNET, a.a.O., Art. 25 N. 29; BERGER, a.a.O., Art. 9 N. 10 f.; vgl. WIRTH, a.a.O., Art. 9 N. 15 f.; Urteil des Bundesgerichts 4C.142/2006 vom 25. September 2006, E. 2). Folglich war es zulässig, unter der Geltung des GestG eine Gerichtsstandsvereinbarung über die örtliche Zuständigkeit zu treffen.

2.3.2

Die fragliche Gerichtsstandsvereinbarung beinhaltet auch eine Übereinkunft über die ausschliessliche Zuständigkeit des Handelsgerichts des Kantons Zürich. Damit wurde neben der Regelung über die örtliche Zuständigkeit auch das Handelsgericht als sachlich zuständiges Gericht vereinbart. Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts ist die Vereinbarung über die sachliche Zuständigkeit der Disposition der Parteien grundsätzlich entzogen (BGE 138 III 471, E. 3.1; Urteil des Bundesgerichts 4A_131/2017 vom 21. September 2017, E. 4; vgl. BGE 142 III 623 E. 2.4). Insofern ist die Gerichtsstandsvereinbarung in Ziffer 7.4 des Servicevertrages nichtig. Es ist jedoch zu prüfen, ob die Vereinbarung in Bezug auf die örtliche Zuständigkeit trotzdem gültig ist. Betrifft der Mangel bloss einzelne Teile des Vertrages, so sind nur diese nichtig, sobald nicht anzunehmen ist, dass er ohne den nichtigen Teil überhaupt nicht geschlossen worden wäre (Art. 20 Abs. 2 OR). Die Frage, ob der Vertrag ohne den nichtigen Teil geschlossen worden wäre, ist grundsätzlich nach dem Vertrauensprinzip zu beantworten, indem der mutmassliche bzw. hypothetische Parteiwille ermittelt wird, sofern nicht ein diesbezüglicher tatsächlicher Parteiwille nachgewiesen werden kann. Dabei ist danach zu fragen, welche Vereinbarung die Parteien unter den konkreten Umständen in Kenntnis des Mangels getroffen hätten, wobei der Zeitpunkt des Vertragsschlusses dafür massgeblich ist. Bei der Bestimmung eines hypothetischen Parteiwillens hat sich das Gericht am Denken und Handeln vernünftiger und redlicher Vertragspartner sowie an

Wesen und Zweck des Vertrages zu orientieren. Bei Zweifeln am Bestehen eines auf Nichtigkeit der ganzen Vereinbarung gerichteten hypothetischen Parteiwillens ist nach den Regeln des allgemeinen Vertragsrechts der Teilnichtigkeit der Vorzug zu geben (zum Ganzen BGE 143 III 558 E. 4.1.1 f., mit Verweis auf BGE 131 III 467 E. 1.2, 124 III 60 und 138 III 29 E.2.3.2 f.). Vorliegend ist nicht ersichtlich, weshalb die Parteien die fragliche Gerichtsstandsvereinbarung nicht abgeschlossen hätten, wenn sie von der unzulässigen Regelung über die sachliche Zuständigkeit gewusst hätten. Des Weiteren gibt es keine Hinweise darauf, dass es sich bei der Regelung der sachlichen Zuständigkeit um den entscheidenden Aspekt des Zustandekommens der Gerichtsstandsvereinbarung gehandelt hätte, welche ohne diese nicht geschlossen worden wäre, zumal sich die sachliche Zuständigkeit des Handelsgerichts im Kanton Zürich für die meisten Streitigkeiten aus dem Servicevertrag vom 1. Juni 2006 ohnehin bereits aus dem Gesetz ergibt (vgl. Art. 5 f. ZPO i.V.m. § 44 f. des Gesetzes über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess des Kantons Zürich vom 10. Mai 2010). Mangels gegenteiliger Anhaltspunkte ist daher davon auszugehen, dass die Gerichtsstandsvereinbarung in Ziffer 7.4 des Servicevertrages in örtlicher Hinsicht trotzdem Gültigkeit erlangt hat. Es handelt sich mithin um einen Fall der Teilnichtigkeit im Sinne von Art. 20 Abs. 2 OR. Schliesslich bestreitet die Klägerin auch nicht, dass die im Servicevertrag enthaltene Gerichtsstandsvereinbarung gültig zustande gekommen wäre.

2.4

Nachdem sich die betreffende Gerichtsstandsvereinbarung als zulässig und gültig erwiesen hat, ist nachstehend die inhaltliche Tragweite derselben zu prüfen. Damit verbunden ist insbesondere die Frage, ob die Gerichtsstandsvereinbarung kartellrechtliche Streitigkeiten erfasst.

3.

3.1

Rechtsprechungsgemäss handelt es sich bei einer Gerichtsstandsklausel um einen prozessrechtlichen, vom Hauptvertrag losgelösten, rechtlich selbständigen Vertrag (BGE 121 III 499; Urteil des Bundesgerichts 4C.73/2000 vom 22. Juni 2000, E. 3c). Mangels eigener prozessrechtlicher Regelungen kommen bezüglich der Vertragsauslegung einer Gerichtsstandsvereinbarung die Vorschriften des OR analog zur Anwendung (DANIEL FÜLLEMANN, in: Brunner/Gasser/Schwander, Kommentar ZPO, 2. Aufl., Zürich 2016, Art. 17 N. 2; WIRTH, a.a.O., Art. 9 N. 35; BERGER, a.a.O., Art. 9 N. 4). Für die Auslegung massgebend ist im Sinne von Art. 18 Abs. 1 OR zunächst, was die Parteien tatsächlich übereinstimmend gewollt haben. Lässt sich der wirkliche Wille der Parteien nicht feststellen, beurteilt sich nach dem Vertrauensprinzip, welchen Inhalt eine Willenserklärung hat. Die Erklärung ist danach so auszulegen, wie sie nach ihrem Wortlaut und Zusammenhang sowie den gesamten Umständen nach Treu und Glauben verstanden werden durfte und musste (zum Ganzen BGE 132 III 268 E. 2.3.2).

3.2

3.2.1

Um den Sinn einer Vertragsbestimmung zu ermitteln, ist in einem ersten Schritt deren Wortlaut zu analysieren (JÄGGI/GAUCH/HARTMANN, Zürcher Kommentar, Auslegung, Ergänzung und Anpassung der Verträge, Simulation, Art. 18 OR, 4. Aufl., 2014, N. 374, mit Verweis auf BGE 131 III 606 E. 4.2). Dabei ist zunächst auf den allgemeinen Sprachgebrauch abzustellen. Ein individueller oder spezieller Sprachgebrauch kann jedoch unter Umständen Vorrang vor dem allgemeinen haben, so etwa wenn alle Vertragsbeteiligten einem spezifischen Fachkreis angehören. Gleiches gilt grundsätzlich, wenn die Parteien ein Wort im juristisch-technischen Sinn verwenden. Ist dieser jedoch von vornherein nicht eindeutig, so muss er wiederum mit Hilfe anderer Auslegungsmittel präzisiert werden (vgl. zum Ganzen WIEGAND/HURNI, in: Honsell, Kurzkommentar OR, Basel 2014, Art. 18 N. 18 f.; JÄGGI/GAUCH/HARTMANN, a.a.O., N. 375, mit weiteren Hinweisen).

3.2.2

Der erste Satz der Gerichtsstandsvereinbarung in Ziffer 7.4 des Servicevertrages vom 1. Juni 2006 lautet wie folgt: „Gerichtsstand für beide Vertragspartner ist Zürich“. Im zweiten Abschnitt steht, dass „für sämtliche Streitigkeiten die ausschliessliche Zuständigkeit des Handelsgerichts des Kantons Zürich“ vereinbart worden sei. „Davon abweichend“ bestehe für den Importeur die Möglichkeit, „Klagen aus diesem Vertragsverhältnis am Sitz oder Wohnort der jeweiligen Gegenpartei“ einzuklagen. Die Formulierung „für sämtliche Streitigkeiten“ erscheint auf den ersten Blick allumfassend, sodass nicht nur Streitigkeiten aus dem Servicevertrag darunter zu subsumieren wären. Zweimal wurde jedoch das Wort „Vertrag“ in die Vereinbarung eingebaut. Zunächst sie der Gerichtsstand für beide „Vertragspartner“ Zürich. Sodann könne der Importeur Klagen „aus diesem Vertragsverhältnis“ am Sitz oder Wohnort der jeweiligen Gegenpartei einklagen. Diese Sonderklagemöglichkeit des Importeurs hebt hervor, dass die Gerichtsstandsvereinbarung nur auf Streitigkeiten aus dem konkreten Vertragsverhältnis bzw. des Servicevertrages anwendbar ist. Die Formulierung „davon abweichend“ ist deshalb nicht derart zu verstehen, dass die Klägerin für sämtliche Streitigkeiten auf den gesetzlichen Gerichtsstand verzichtet hätte, während die Beklagte lediglich im Fall von vertraglichen Streitigkeiten nicht an den vereinbarten Gerichtsstand (Zürich) gebunden wäre. Aufgrund der wörtlichen Auslegung der Gerichtsstandsvereinbarung ist es naheliegend, dass sich die Gerichtsstandsvereinbarung nicht auf alle möglichen, sondern lediglich auf Streitigkeiten aus dem Servicevertrag vom 1. Juni 2006 bezieht. Mithin werden dem Wortlaut nach kartellrechtliche Streitigkeiten grundsätzlich nicht erfasst. Ein spezieller Sprachgebrauch mit berufsspezifischen Fachbegriffen ist nicht erkennbar, weshalb es sich bei der vorgenommenen Auslegung nach dem allgemeinen Sprachgebrauch bewenden lässt.

3.3

3.3.1

Bei der Auslegung von Verträgen ist immer auch das systematische Element zu berücksichtigen (JÄGGI/GAUCH/HARTMANN, a.a.O., N. 381, mit Verweis auf BGE 122 III 122). Massgeblich für die Bedeutung eines Wortes ist weniger dessen unmittelbarer Wortsinn als seine Stellung im Kontext und wiederum dessen Stellung im Gesamtkonzept des Vertrages (WIEGAND/HURNI, a.a.O., Art. 18 N. 20).

3.3.2

Im Gefüge des gesamten Servicevertrages vom 1. Juni 2006 wurde die fragliche Gerichtsstandsvereinbarung im Ziffer 7.4 und damit gegen Ende des Vertrages eingesetzt. Aufgrund der Stellung der Gerichtsstandsvereinbarung am Ende des Servicevertrages ist dafürzuhalten, dass sich diese auf die vorhergehenden Vertragspunkte bezieht und damit nur für Streitigkeiten konzipiert wurde, die sich daraus ergeben. Im Anschluss an die auszulegende Gerichtsstandsregelung findet sich die Vereinbarung über eine aussergerichtliche Streitbeilegung, zufolge welcher die Parteien versuchen würden, „jeden Streit, jede Auseinandersetzung oder jeden Anspruch, die aus oder in Verbindung mit diesem Servicevertrag entstehen, miteinander gütlich zu regeln“. Dem Wortlaut nach würden die Parteien nicht nur Streitigkeiten aus dem Servicevertrag, sondern darüber hinaus auch solche, welche lediglich mit dem Servicevertrag in einer Verbindung stehen, zu schlichten versuchen. Die Regelung über die aussergerichtliche Streitbeteiligung ist der vorliegend zu beurteilenden Gerichtsstandsvereinbarung zwar nachgelagert, jedoch befindet sich diese wie die Gerichtsstandsvereinbarung unter Ziffer 7.4 des Servicevertrages. Es ist daher davon auszugehen, dass die Ausführungen unter Ziffer 7.4 inhaltlich zusammenhängen und somit ein in sich geschlossenes Kapitel des Servicevertrages darstellen. Folglich ist unter Berücksichtigung der Vereinbarung über die aussergerichtliche, gütliche Einigung daraus zu schliessen, dass sich die Gerichtsstandsvereinbarung nicht nur auf Streitigkeiten aus dem Servicevertrag bezieht, sondern auch auf solche, die mit dem Servicevertrag in einer Verbindung stehen. Nach dem Gesagten führt die systematische Auslegung zu einem anderen Ergebnis als die rein grammatikalische Auslegung.

3.4

3.4.1

Schliesslich stellt der Vertragszweck ein unentbehrliches Auslegungsmittel dar (JÄGGI/GAUCH/HARTMANN, a.a.O., N. 416; vgl. BGE 132 III 24 E. 4). Das teleologische Element gestattet den Schluss auf den Inhalt des Vertrages, indem auf die Interessenlage der Parteien und die sonst für den Abschluss des Vertrages massgebenden, erkennbaren Motive zurückgegriffen wird (vgl. WIEGAND/HURNI, a.a.O., Art. 18 N. 25; JÄGGI/GAUCH/HARTMANN, a.a.O., N. 416).

3.4.2

Die Gerichtsstandsvereinbarung wurde im Rahmen der Verhandlungen über den Servicevertrag eingefügt. Folglich ist es auf den ersten Blick naheliegend, dass sich die

Gerichtsstandsvereinbarung auch nur auf die Streitigkeiten aus dem Servicevertrag und dem darin festgelegten Inhalt bezieht. Allerdings lässt sich aufgrund der systematischen Auslegung (vgl. vorne E. 3.3) nicht ausschliessen, dass sich die Vertragsparteien bereits beim Vertragsabschluss über weitere mit dem Servicevertrag in Verbindung stehende Streitigkeiten unterhalten und diese in Betracht gezogen haben. Es ist somit möglich, dass die Parteien im Zeitpunkt des Abschlusses des Servicevertrages und der damit einhergehenden Aufnahme der Gerichtsstandsvereinbarung Motive oder Interessen gehabt haben, aufgrund welcher sie neben der Regelung des Gerichtsstands in Bezug auf Streitigkeiten aus dem Servicevertrag auch Sicherheit über den Gerichtsstand bei mit dem Servicevertrag zusammenhängenden Streitigkeiten schaffen wollten.

3.4.3

Steht das Vorliegen einer Gerichtsstandsvereinbarung fest, ist davon auszugehen, dass die Parteien eine umfassende Zuständigkeit des prorogierten Gerichts wünschten, wenn sie eine Gerichtsstandsvereinbarung getroffen haben (vgl. Urteil des Bundesgerichts 4C.40/2003 vom 19. Mai 2003, E. 5.3). Im Zweifel ist eine Gerichtsstandsvereinbarung daher nicht restriktiv auszulegen (BGE 121 III 500). Eine in einem Vertrag enthaltene Gerichtsstandsklausel erfasst in der Regel alle Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche, die sich aus dem Vertragsverhältnis oder in einem engen tatsächlichen Zusammenhang mit diesem ergeben (WIRTH, a.a.O., Art. 9 N. 67). Sofern eine Gerichtsstandsvereinbarung für alle Ansprüche aus einem bestimmten Vertrag vorgesehen ist, werden auch allfällige deliktische Ansprüche davon erfasst, falls die unerlaubte Handlung gleichzeitig eine Vertragsverletzung bedeutet oder ein Sachzusammenhang zwischen der unerlaubten Handlung und dem Vertragsgegenstand besteht (GUIDO E. URBACH, in: Gehri/Jent-Sorensen/Sarbach, ZPO Kommentar, 2. Aufl., Zürich 2015, Art. 17 N. 5; FÜLLEMANN, a.a.O., Art. 17 N. 13; HAAS/SCHLUMPF, in: Oberhammer/Domej/Haas, Kurzkomentar ZPO, 2. Aufl., Basel 2014, Art. 17 N. 21; Urteil des Bundesgerichts 4C.142/2006 vom 25. September 2006, E. 2). Mit anderen Worten können auch inhaltlich mit dem Hauptvertrag verbundene Deliktansprüche unter die Gerichtsstandsvereinbarung fallen (vgl. GROLIMUNDBACHOFNER, in: Vogt/Schnyder/Berti, Basler Kommentar Internationales Privatrecht, 3. Aufl., 2013, Art. 5 N. 41).

Das Bundesgericht bejahte im Rahmen einer kartellrechtlichen Streitigkeit zwischen zwei Telekommunikationsunternehmen den Zusammenhang zwischen der unerlaubten Handlung und einem gekündigten Vertrag, da die unerlaubten Handlungen der Beschwerdegegnerin ausschliesslich auf der verweigerten Vertragserfüllung, auf der fehlerhaften Vertragserfüllung, auf ihrer Kündigung und auf der Änderung der allgemeinen Vertragsbedingungen beruht hätten. Als Folge davon subsumierte es die kartellrechtliche Streitigkeit unter die Gerichtsstandsvereinbarung, welche im gekündigten Vertrag erhalten war (Urteil des Bundesgerichts 4C.142/2006 vom 25. September 2006, E. 2). Das Handelsgericht Zürich kam im Fall einer in einem Tankstellenvertrag enthaltenen Gerichtsstandsvereinbarung zum Schluss, dass sich diese über die vertraglichen Ansprüche hinaus auch auf ausservertragliche markenrechtliche erstreckte, soweit diese auf

den gleichen Sachverhalt gestützt waren, nämlich den angeblichen Verkauf von anderweitigem Benzin an einer Markten-Tankstelle (RICHARD FRANK, in: Frank/Sträuli/Messmer, Kommentar zur zürcherischen Zivilprozessordnung, Ergänzungsband, § 11 N. 3, mit Hinweis auf das Urteil des Handelsgerichts Zürich HE 980010 vom 18. Juni 1998; WIRTH, a.a.O., Art. 9 N. 69). Das Bundesgericht prüfte im Rahmen einer Patentabtretungsklage, ob die erhobenen Ansprüche aus dem Patentgesetz von der Schiedsklausel im Rahmenvertrag („Secrecy Agreement“) materiell erfasst werden. Es bejahte dies, da der Streit darüber, ob die Kläger gegenüber der Beklagten ein besseres Recht auf die Erfindung hätten, mit dem Secrecy Agreement im Zusammenhang stehe und daher in den Anwendungsbereich der darin enthaltenen Schiedsklausel falle. Der Zusammenhang mit dem Secrecy Agreement falle schliesslich nicht dahin, weil die Kläger ihre Ansprüche auch auf das Patentgesetz stützen würden. Ebenso wenig sei es erheblich, ob das Secrecy Agreement überhaupt oder einzelne Verpflichtungen daraus befristet gewesen seien und ob die Zusammenarbeit bereits beendet gewesen sei, als die Beklagte die Erfindung vollendet und die streitbetroffenen Patente zur Eintragung angemeldet habe (Urteil des Bundesgerichts 4C.40/2003 vom 19. Mai 2003, E. 5.4). Sodann gilt eine Gerichtsstandsvereinbarung, die sich auf ein materielles Rechtsverhältnis bezieht, solange als dieses Wirkungen zeitigt, und sie kann daher angerufen werden, solange Ansprüche und Verpflichtungen aus dem Vertragsverhältnis bestehen, auch wenn dieses inzwischen beendet wurde (BGE 87 I 77 f.; WIRTH, a.a.O., Art.9 N. 68).

3.4.4

Die Gültigkeit der Gerichtsstandsvereinbarung in Ziffer 7.4 des Servicevertrages vom 1. Juni 2006 ist unbestritten. Es ist daher unter Berücksichtigung der bundesgerichtlichen Rechtsprechung zu prüfen, ob die Streitigkeit über die geltend gemachten kartellrechtlichen Ansprüche in einem engen sachlichen Zusammenhang zum Servicevertrag steht als Folge davon die darin enthaltene Gerichtsstandsvereinbarung vorliegend einschlägig ist.

Die Klägerin stellte in ihrer Klageschrift hauptsächlich den Antrag, die Beklagte sei zum Abschluss eines Servicevertrages mit Beginn am 1. März 2018 zu verpflichten. Die Beklagte hatte das Vertragsverhältnis auf den 28. Februar 2018 gekündigt. Es ist ersichtlich, dass die Klägerin einen nahtlosen Übergang des Vertragsverhältnisses begehrte. Sie beantragte namentlich in Antrag Ziffer 1 lit. d der Klageschrift, dass ihr „weiterhin und ununterbrochen“ die Verwendung sämtlicher für den Betrieb einer zugelassenen C-Werkstatt notwendigen eingetragenen Schutzrechte zu gewähren seien. In der Executive Summary der Klageschrift betonte die Klägerin, dass der Anspruch aus Art. 7 KG von einer allfälligen Gerichtsstandsvereinbarung nicht tangiert werde und im vorliegenden Fall hinzukomme, dass die Klägerin keine Ansprüche aus dem bisherigen Vertragsverhältnis geltend mache. Sie verlange, dass die Beklagte angewiesen werde, die Geschäftsbeziehung nicht per 28. Februar 2018 abzubrechen, sondern durch den Abschluss eines neuen Vertrages ab 1. März 2018 fortzusetzen. Die Klageeinleitung diene dazu, das Werkstattvertragsverhältnis ununterbrochen aufrechtzuerhalten bzw. weiterzuführen. Für die in der Klage vorgebrachten Ansprüche bilde das Kartellgesetz

die primäre Rechtsgrundlage und habe vorrangig Bedeutung für die Bestimmung der örtlichen Zuständigkeit. Aus dem Schreiben vom 30. September 2017 (Kläg.Bel. 8) geht hervor, dass die Klägerin um die Fortsetzung der Partnerschaft und Weiterführung des Servicevertrages für C zu angemessenen Konditionen auch nach dem 28. Februar 2018 ersucht hat. Gleiches lässt sich auch dem Schreiben der Klägerin vom 31. Oktober 2017 (Kläg.Bel. 10) entnehmen. Aus den zitierten Ausführungen der Klägerin leitet sich zwar ab dass sie auf dem Abschluss eines neuen Vertrages beharrt und sich die Anspruchsgrundlage dafür ihrer Ansicht nach primär im Kartellgesetz findet. Allerdings bildet das bisherige Vertragsverhältnis die tatsächliche Grundlage für ihren Antrag, denn ohne die Kündigung durch die Beklagte hätte es für die Klägerin keinen Grund dafür gegeben, die ihrer Ansicht nach kartellrechtlich unzulässige Nichtweiterführung der bisherigen Vertragsbeziehung zu beanstanden. Dafür spricht auch, dass der neue Vertrag direkt im Anschluss an den gekündigten Vertrag Geltung erlangen soll. Dementsprechend hatte in einem durch das Handelsgericht des Kantons Aargau mit vorsorglicher Verfügung vom 24. April 2000 entschiedenen vergleichbaren Fall die dortige Gesuchstellerin gestützt auf Art. 7 Abs. 1 KG erfolgreich die Aufhebung der Kündigung und die Verpflichtung der Gesuchsgegnerin, den Vertrag eintswilen aufrechtzuerhalten, verlangt (RPW 2000/3, 478 ff.). Des Weiteren gibt es keine Anhaltspunkte, die darauf hinweisen würden, dass sich der Inhalt des beantragten neuen Vertrages gänzlich von demjenigen des Servicevertrages vom 1. Juni 2006 unterscheiden würde. Im Gegenteil geht es der Klägerin vielmehr um die Aufrechterhaltung des bisherigen Werkstattvertragsverhältnisses. Insbesondere die Rechte und Pflichten der Parteien, welche in einem neuen Vertrag zu regeln wären, dürften daher im Wesentlichen mit den bisherigen Vereinbarungen identisch sein, zumal es sich wiederum um einen Servicevertrag für die Marke C handeln sollte und die gleichen Parteien als Vertragspartner auftreten würden. Nach dem Gesagten ist ein sachlicher Zusammenhang zwischen den behaupteten kartellrechtlichen Ansprüchen der Klägerin und dem Servicevertrag vom 1. Juni 2006 bzw. dessen Vertragsgegenstand zu bejahen. Dieser Zusammenhang bleibt rechtsprechungsgemäss bestehen, selbst wenn die Klägerin ihre Ansprüche primär auf das Kartellgesetz stützt. Schliesslich ist es unerheblich, dass der Servicevertrag im Zeitpunkt der Klageerhebung bereits gekündigt worden ist. Die teleologische Auslegung führt unter Berücksichtigung der bundesgerichtlichen Rechtsprechung daher zum Ergebnis, dass die Gerichtsstandsvereinbarung in Ziffer 7.4 des Servicevertrages vom 1. Juni 2006 auch kartellrechtliche Streitigkeiten erfasst.

3.4.5

Insgesamt sprechen das systematische und das teleologische Auslegungselement klar dafür, dass auch die vorliegend zu beurteilende kartellrechtliche Streitigkeit unter die Gerichtsstandsvereinbarung fällt. Eine rein grammatische Auslegung vermag den Sinn der Klausel nicht ausreichend wiederzugeben. Sie gab deshalb gegenüber den anderen Auslegungselementen zurückzutreten.

3.5

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die im Servicevertrag vom 1. Juni 2006 eingegliederte Gerichtsstandsvereinbarung in Bezug auf die Regelung der örtlichen Zuständigkeit gültig ist. Die unzulässige Vereinbarung über die sachliche Zuständigkeit führt bloss zu einer Teilnichtigkeit. Unter Berücksichtigung der bundesgerichtlichen Rechtsprechung ist die Gerichtsstandsvereinbarung auf die vorliegende Streitigkeit anwendbar, da die von der Klägerin geltend gemachten kartellrechtlichen Ansprüche in einem sachlichen Zusammenhang mit dem gekündigten Servicevertrag stehen. Gemäss der anwendbaren Gerichtsstandsvereinbarung liegt die örtliche Zuständigkeit bei den Gerichten des Kantons Zürich. Die örtliche Zuständigkeit des Obergerichts des Kantons Obwalden ist deshalb zu verneinen.

4.

Auf die Klage ist aufgrund der fehlenden örtlichen Zuständigkeit nicht einzutreten. Gemäss Art. 106 Abs. 1 ZPO werden die Prozesskosten der unterliegenden Partei auferlegt. Namentlich bei Nichteintreten gilt die klagende Partei als unterliegend. Vorliegend sind die Kosten des Hauptverfahrens sowie die Kosten des Zwischenentscheides betreffend die Beschränkung des Hauptverfahrens auf die Frage der Zuständigkeit (vgl. Entscheid des Obergerichtspräsidenten I vom 20 März 2018, Dispositiv Ziffer 3) demzufolge der Klägerin aufzuerlegen, da sie aufgrund des Nichteintretensentscheides als unterliegend

gilt. Zudem hat die Klägerin der Beklagten eine Parteientschädigung auszurichten (Art. 95 ZPO).

Entscheid

1.

Auf die Klage wird nicht eingetreten.

2.

Die Kosten des Gerichtsverfahrens von Fr. 5'000.- werden der Klägerin auferlegt. Sie werden dem von der Klägerin geleisteten Kostenvorschuss von Fr. 15'000.- entnommen. Die Inkassostelle Obergericht hat der Klägerin Fr. 10'000.- zurückzuerstatten.

3.

Die Klägerin hat der Beklagte eine Parteientschädigung von Fr. 7'000.- zu bezahlen.

4.

Zustellung an:

- Parteien
- Sekretariat Wettbewerbskommission (Art. 48 KG)

Nach Ablauf der Rechtsmittelfrist an:

- Inkassostelle Obergericht (Dispositiv Ziffer 2)

[Rechtsmittelbelehrung]